

Fehlgeburt Krankenhausreform?

Die Krankenhausreform soll nach den Plänen der Landesregierung mit der Schließung der vorgeburtlichen Medizin im Kreis Euskirchen verbunden sein. Im Klartext: Frühgeburten und Risikoschwangerschaften könnten nur noch in Bonn oder Köln behandelt werden. Konsequenz: Auch die Kompetenz für Frauenheilkunde und Geburtshilfe schrumpft in eine Größenordnung, die nicht mehr zur vollen ärztlichen und geburtsbegleitenden Leistungsfähigkeit ausreicht. Schwangerschaften werden zu einem Fernreise-„Erlebnis“.

Die SPD appelliert an die Landesregierung, diese Planung zu korrigieren. Eigentlich sollte das nicht so schwer fallen.

Die Reform der Krankenhäuser musste in Berlin mit einem Grundsatz beginnen: Die Organisation der Krankenhäuser muss so umgestellt werden, dass für die eingesetzten Finanzmittel die beste klinische Qualität produziert wird. Dem ersten Schritt folgen zwei weitere: zunächst müssen die Länder eine Umsetzungsplanung vorlegen und danach haben die Kreise und Gemeinden die Gelegenheit zu prüfen, ob das Angebot lokal verträglich ist. Das ist der Sinn unserer föderalen Verwaltungsstruktur: von richtigen Grundsätzen für alle zu praktischen Lösungen, die vor Ort passen. Deshalb fällt der Landesregierung kein Zacken aus der Krone, wenn sie bei ihren Plänen die Einwände des ländlichen Raums beachtet.

Man wird sehen, ob falscher Stolz zu Verschlechterungen für unsere Frauen und Mütter führt.

Protest gegen die Pläne kann unter <https://www.openpetition.de/petition/unterzeichner/rettet-die-geburten-im-kreis-euskirchen-schliessung-des-perinatalen-schwerpunkts-stoppen/unterschreiben#petition-main> geäußert werden.

Wilfried Wutgen

Vorsitzender der SPD im Gemeinderat